

Zeitschrift: Die Berner Woche

Band: 35 (1945)

Heft: 22: Impressum

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

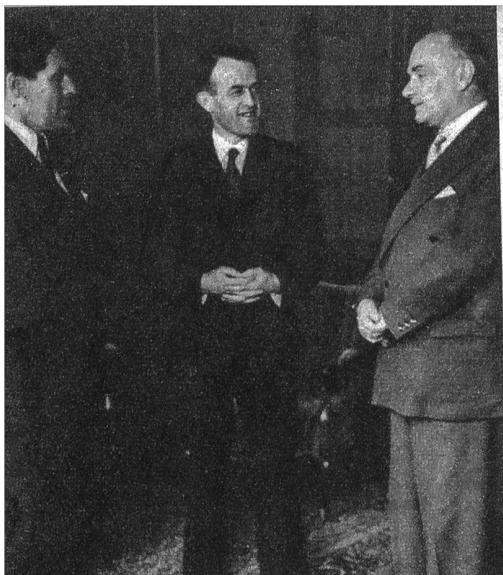
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Links:
Von schweren und gefährlichen Missionen sind unsere diplomatischen Vertretungen in Deutschland wieder zurückgekehrt. Auf unserem Bilde erstatten sowohl Minister Fröhlicher (links), bis zuletzt Schweizer Gesandter in Berlin und Minister Dr. Feldscher (rechts), der im deutschen Reduit zahlreiche Kunstschatze sicher stellte und hochgestellte ausländische Persönlichkeiten, die als Geiseln interniert waren, frei bekam, Bundesrat Petitpierre (Mitte), ausführlichen Bericht



In einem sieben Auto umfassenden Zug ist die Schweizer Gesandtschaft mit Minister Dr. Fröhlicher, seiner Familie und dem Gesandtschaftspersonal wohlbehalten in der Schweiz eingetroffen

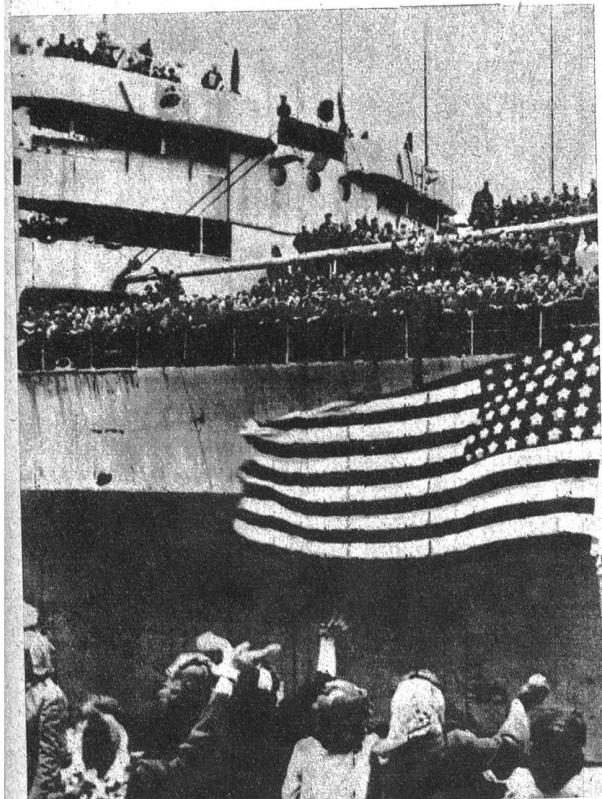


Am 15. Juni gelangen wiederum vier Bundesfeiermarken mit Verkaufszuschlag zu gunsten notleidender Mütter zur Ausgabe. Mit diesen Ausgaben beginnen zwei Markenserien unter Zugrundelegung des Leitgedankens „Arbeit“ und „Schweizerhaus“, die sich über mehrere Jahre erstrecken werden (Ph. P.)



In Nyon hat dieser Tage Frau Wwe. Campiche-Junod ihren hundertsten Geburtstag gefeiert. Die Jubilarin erfreut sich noch recht guter Gesundheit und ist rüstig

Fritz Schwab, der Sohn des kürzlich als Kriegsopfer verunglückten besten Gehers der Welt wurde Schweizermeister im 25-km-Gehen, das in Siders durchgeführt wurde



Die ersten Heimkehrer treffen in New York ein und die Begeisterung der dortigen Bevölkerung kennt keine Grenzen

Rechts: Eine aus 6 Aerzten und 12 Krankenschwestern bestehende schweiz. Aerztemission ist in einem vom britischen Roten Kreuz zur Verfügung gestellten Flugzeug nach Belsen-Bergen abgegangen, die sich auf dringendes Ansuchen dem britischen Aerztestab anschloss



Rechts: General Omar Bradley hat bei einem Zusammentreffen mit Marschall Iwan S. Konjew diesem einen neuen amerikanischen Jeep präsentiert. Marschall Konjew revanchierte sich mit einem feurigen Reitpferd



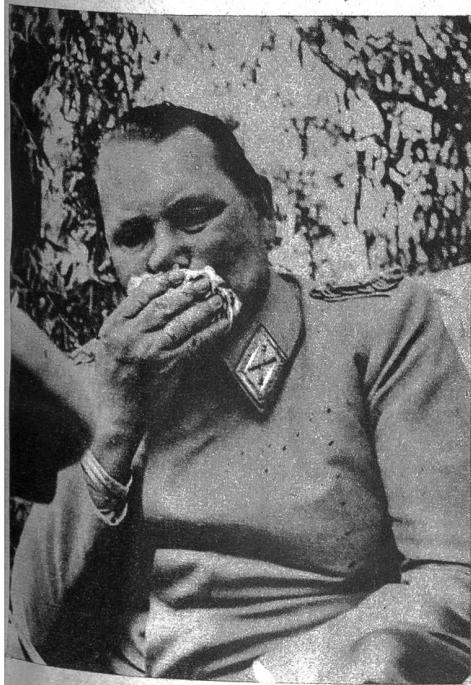
POLITISCHE RUNDSCHAU

Und wer bezahlt nun?

-an Bundesrat Nobs hat am 18. April vor der Zürcher Volkswirtschaftlichen Gesellschaft über die Finanzprobleme der Eidgenossenschaft erschöpfend gesprochen, so wie der praktische Kenner der gesamten finanziellen Situation es nur eben kann. Wahrscheinlich hat er damit eine Diskussion eröffnet, die in den nächsten Monaten nicht verstummen wird. Denn eben jetzt, wo das Ende der Mobilisation auch das Ende des «ausserordentlichen Budgets» bringt und alles wieder auf die ordentliche Rechnung gebucht werden soll, kann man ernstlich darüber reden, was eigentlich zu geschehen habe, um den ins Ungeheuerliche getürmten Schuldenberg zunächst einmal verzinsen zu können, ohne dass der Zinsendienst zum weitern Schaden machen zwingt, und sodann nicht nur zu verzinsen, sondern auch abzutragen. Sollen wir «auf lange Fristen» verteilen, was als Last auf die Gegenwart gefallen... also die nächste Generation und allenfalls auch die übernächste belasten? Sollen wir versuchen, eine Regelung zu finden, die der kommenden Generation wenig überbürdet, so dass sie unbeschwert wirtschaften kann? Es geht im Grunde um diese Alternative, also um die langfristige oder die kurzfristige Lösung.

«Kurzfristige Lösung» aber würde soviel bedeuten wie «Vermögensabgabe». Nach dem letzten Kriege fiel die Vorlage, die den Zweck hatte, eine Altersversicherung zu finanzieren, mit 700 000 gegen 100 000 Stimmen der scharfen Opposition zum Opfer. Schon die Erfahrung von damals verbietet, den Versuch zu wiederholen. Es ohne Volksabstimmung, auf dem «Vollmachtenwege», zu versuchen, mag vielleicht der Traum eines Möchtegern-Diktators sein, der an ein solches Allheilmittel glaubt. In der Wirklichkeit gibt es das nicht. Die bundesrätlichen Vollmachten stehen übrigens vor dem Abbau, wie man aus dem Beschlussentwurf ersehen kann, den die Räte in der Junisession zu behandeln haben.

Apropos: «Vermögensabgabe zur Tilgung der eidgenössischen Schulden», natürlich nur zur teilweisen Tilgung, zur Reduktion, bedeutet einfach eine «Umschichtung». Man opfert so und soviel Prozente, und man bekommt vom Bund so und soviel zurück... falls man in der glücklichen Lage war, dem Vater Bund zu pumpen.



Rechts: Von den ersten Nazi-führern ist nur noch Hermann Göring übrig geblieben. Unser Bild zeigt ihn während eines Verhörs. Die überlegene Selbst-sicherheit ist aus seinen Zügen geschwunden. (Ph. P.)

Links: Von den ersten Nazi-führern ist nur noch Hermann Göring übrig geblieben. Unser Bild zeigt ihn während eines Verhörs. Die überlegene Selbst-sicherheit ist aus seinen Zügen geschwunden. (Ph. P.)

Rechts: Gefangenennahme des „deutschen Hauptquar-tiers“ unter der Leitung von Admiral Doenitz. Von diesen erkennen wir rechts Admiral von Friedeburg, der sich wenige Minuten später vergiftete, General Jodl und Admiral Doenitz

Wissen möchte der zeitungslesende Laie in Finanzsachen, wie eigentlich diese Rechnung aussieht: Wer ist Besitzer dessen, was der Bund heute neu schuldet? Natürlich müssten auch die Besitzer «abgeben», aber bei der Rückzahlung wären sie es, die «bekämen»... und was sie beim Bunde nicht mehr unterbringen könnten, würden sie nun eben anderswo plazieren müssen. Und hier fingen die Probleme an, die volkswirtschaftlich interessant werden müssten.

Solchen Problemen gegenüber scheint der vorhandene Plan, nämlich bis 1950 zu einem völlig geregelten eidgenössischen Finanzhaushalt zu gelangen, sicherer... jedoch nur dann, wenn die Wirtschaft, auf der alles Finanzpolitische allein fundiert werden kann, auf sicheren Füßen steht.

Halbierung Europas

Nicht nur das Reich und Oesterreich, ganz Europa ist praktisch halbiert. Diese Feststellung muss heute, einen Monat nach dem deutschen Zusammenbruch, gemacht werden. Die grosse Sorge der westlichen Hälften unseres Kontinents gipfelt in der Frage: Soll diese Halbierung andauern? Und wie lange? Soll sie vielleicht gar verewigt werden? Praktisch: Besteht auf seiten Russlands die Absicht, östlich der Demarkationslinie die politische, wirtschaftliche und militärische Macht, die es heute besitzt, zu behalten?

Verblüfft fragt man sich namentlich in England, worin eigentlich die praktische russisch-alliierte Zusammenarbeit nach dem Kriege, von der so oft gesprochen und geschrieben worden, bestehe. Gerade in England hatte man sich



Verschiedenes anders vorgestellt. Die Oeffentlichkeit nahm begeistert Kenntnis von der Entsendung *Montgomerys als Oberstkommandierenden* im britisch besetzten Teil des Reichs, aber zugleich mit der Freude über diese Ernennung wurde der Zweifel über «Montys» Möglichkeiten wach. Es gibt *bisher keine oberste Kontrollkommission*, in welcher die Russen mit den Amerikanern und Engländern gemeinsam die Richtlinien für die Behandlung der Deutschen festlegen würden. Es amtet wohl in Flensburg eine gemeinsame *Kommission der drei Hauptquartiere*, aber sie stellt nicht die in Jalta vorgesehene zentrale Besatzungsbehörde dar.

In den nächsten Wochen wird es sich entscheiden müssen, ob die Russen in Abänderung ihrer früheren Abmachungen ein solches Oberorgan im besiegten Reiche ablehnen, weil sie ganz einfach mit den Gebieten östlich der Elbe und der sächsischen Mulde machen wollen, was ihnen beliebt, das heisst, was den russischen Absichten am besten dient. London und Washington scheinen heute noch der Ansicht zu sein, dass Russland nicht abspringen werde. Sie geben sich der Hoffnung hin, auch in Wien und Berlin mit Truppen oder wenigstens mit Offizieren, die Kompetenzen besitzen, vertreten zu sein, und das in nicht zu ferner Zeit. Je länger sich aber die Herstellung eines Zustandes, auf welchen die westlichen Mächte als auf den «normalen» warten, verschleppt, desto peinlicher muss das Rätselraten bei ihnen werden, und eine Reihe von Tatsachen, die man heute noch einfach hinnimmt, weil sie mit den Zuständen in diesen ersten «Nachkriegswochen» zusammenzuhangen scheinen, wachsen sich als-

dann zu unerträglichen Problemen aus. Man kann sich an den Fingern abzählen, welches diese Tatsachen sind:

Die Sperrung der Elbelinie für jedermann, sei er nun Deutscher aus dem Gebiete, welches «den Andern» untersteht, sei er Angehöriger der Alliierten, sei er Zivilist oder Militär, Wirtschafter oder Publizist, und habe er Ausweise von seiner Regierung oder nicht, die andauernde Weigerung der Russen, amerikanische und britische Zeitungsleute im russischbesetzten Oesterreich zuzulassen, so dass die ganze westliche Welt den Eindruck gewinnt, der Kreml gedenke in seiner Machtspähre die fremde Kontrolle genau so auszuschalten, wie er dies früher hinter seinen eigenen Grenzen getan, die Ausschliessung der Publizisten und der diplomatischen Vertretungen auch in Ungarn, Bulgarien und Rumänien und selbstverständlich auch in Polen.

Die «chinesische Mauer»

die so mit einem Schlage in die dichtbesiedelten Gebiete der «europäischen Mitte» vorgeschoben wurde, muss dem übrigen Europa unduldbar vorkommen. Unduldbar namentlich dann, wenn sich zur politischen und kulturellen Absperrung auch die wirtschaftliche gesellen sollte. Balkan, Donauraum, Polen und Oesterreich bedeuten wichtige Agrar- und Rohstoffgebiete, welche mit den Industriezentren des Westens und der europäischen Mitte zusammen eine wirtschaftliche Einheit bilden müssen. Für Länder wie die Schweiz und Deutschland war der Südosten in der Vergangenheit Lieferant und Absatzgebiet zugleich, und zu unsrer selbstverständlichen Rechnungen

Totengräber auf Befehl

Niemals mehr wird man eine auch nur annähernd genaue Liste der von den nationalsozialistischen Henker-Bestien zu Tode gequälten und dann verbrannten Opfern erstellen können. In der ganzen Welt hoffen und harren noch immer Millionen von Menschen auf Lebenszeichen oder wenigstens auf eine Gewissheit über das Schicksal von Angehörigen oder Freunden. Sie werden in den meisten Fällen wohl nie mehr etwas hören von den Mitzenschen, denen ein Schicksal zuteil wurde, das sich auch nur auszudenken bisher noch kein Menschenhirn fähig war, bis eben die Henkersknechte des «Herrenvolkes»

diese «Ehre» für sich in Anspruch nahmen.

Die Alliierten, welche die Stätten des Grauens besetzten, und einen wenn auch nur kleinen Prozentsatz der zum Foltertod Verurteilten befreien und teils sogar noch retten konnten — in vielen Fällen konnte die ärztliche Kunst nichts mehr ausrichten — sorgen dafür, dass diese Untaten unvergessen bleiben, und dass vor allem die Deutschen selbst nie mehr vergessen, was in den 13 Jahren des tausendjährigen Reiches geschehen ist. Für jedes der Opfer, das noch feststellbar ist, muss ein Grab geschaufelt und ein Kreuz gezimmert werden.



Unter Bewachung durch amerikanische Soldaten werden an den Stätten der einstigen Konzentrationslager, wie hier in Nordhausen, die Massengräber für die unglücklichen Opfer des grauenhaften Nazi-Terrors von der deutschen Zivilbevölkerung aufgeworfen.

Links: Jedes Kreuz wird nicht nur den Namen des Opfers oder den Vermerk «Unbekannt», sondern auch den Namen des Totengräbers tragen. Und dieser wird zeitlebens verpflichtet, das Grab in Ordnung zu halten und zu schmücken. Und sein Nachfolger in diesem Amt für den Todesfall ist schon bestimmt, denn auch die kommende Generation soll erfahren, was deutsche «Herrenmenschen» und Kultur verstanden.



gehörte die Wiederherstellung der Beziehungen mit all den Staaten, die der Donaulinie entlang liegen.

Sind Befürchtungen, wie man sie bei uns und unter den Alliierten, vorab in England zu hegen beginnt, berechtigt, und welches sind die tiefsten Ursachen des «westlichen Misstrauens»? Die alten Feinde des bolschewistischen Staatssystems sagen uns: *«Moskau kann gar nicht anders, als innerhalb seines Machtbereiches die Diktatur auch auf die neubesetzten Gebiete ausdehnen.»* Dass in Rumänien und Ungarn zunächst mit den nicht-kommunistischen Parteien paktiert wurde, war lediglich kriegsbedingt, und der russische Kommunismus wird die Mohren in Budapest und Bukarest und anderswo weg schicken, wenn sie ihre verdammte Schuldigkeit getan haben. Die Zeit wird kommen, da der erste «unabhängige» Sowjetstaat Rumänien ausgerufen wird, und dem ersten wird der zweite folgen, und so fort, bis sie alle der Moskauer Union angeschlossen sind.»

Im Grunde wiederholen uns solche Warner, was vor dem Sturz die Nazis sagten: Russland werde alle von ihm besetzten Gebiete politisch, sozial und wirtschaftsstrukturell gleichschalten und damit vom übrigen Europa «organisch abgliedern». Entwickeln sich die Dinge auch nur zwei Monate weiter in der Richtung des vergangenen ersten Nachkriegsmonats, dann hören wir sicher die Posaunenstöße der extremen Warner von rechts aus allen Richtungen.

Von diesen Warnern kann man auch zuweilen hören, dass die Dummheit der heute, die von Russland etwas anderes erwarten, jener Dummheit zu vergleichen sei, welche 1934 auf eine Wandlung des Nazisystems hoffte. Und da die Götter den, den sie verderben wollen, mit Blindheit schlagn, sei offenbar das Verderben der leichtgläubigen «Linksdemokraten» eine von den Göttern beschlossene Sache.

Der Standpunkt der Linksleute kann auf einen einzigen Satz reduziert werden: «Russland hat während des Krieges eine gradlinige Politik getrieben, und auch im jetzigen Verhalten Moskaus liegt nichts Ueberraschendes für den, der in den vergangenen Jahren die Ohren und Augen offen gehalten».

Es wird darauf hingewiesen, dass Stalin nie von der Unterscheidung der «anständigen Deutschen», die mit Nazis und Militaristen keineswegs verwechselt werden dürfen, abgewichen sei. Wenn also heute im russisch besetzten Reiche in Worten... und vermutlich auch mit Taten... alles getan werde, um den Wiederaufbau der Wirtschaft einzuleiten, wenn die Deutschen wieder Konzerte hören dürfen, wenn Lebensmittel zur Verteilung gelangten, wenn zwischen Soldaten der Roten Armee und deutschen Arbeiterkreisen fraternisiert werde, dann entspreche dies ganz einfach der Stalinschen Linie. Keineswegs werde damit versucht, die Deutschen zu gewinnen und für eine Sowjetrepublik reif zu machen.

In gleichem Sinne erklärt der «prorussische Linksdemokrat» das Verhalten in Oesterreich als Einlösung eines gegebenen Versprechens. In Moskau sei immer die Aufführung eines unabhängigen Oesterreich geplant gewesen. In Jalta habe Churchill diesem Plane zugestimmt. Der verstorbene Roosevelt desgleichen. Vor dem Einmarsch in Oesterreich machten die Russen die Einlösung des Versprechens von der Mithilfe österreichischer Kräfte abhängig. Als Partisanen aus der Wienergegend den Fall der Hauptstadt beschleunigen halfen, war die von den Russen verlangte Beihilfe Tatsache geworden. Die *«Einsetzung der Regierung Karl Renner wäre demnach nicht nur logisch, sondern auch gerecht.»* Amerikas und Englands Ablehnung dieser Regierung, die Einsetzung einer amerikanischen Militärregierung in Westösterreich sei es, was dem Bruch eines Versprechens gleichkäme. Nicht aber, was die Russen getan.

Die hermétische Schliessung der Grenzen gegen Westen aber erklären die Leute, die an Russlands ehrliche Absichten glauben, ganz einfach als «zeitbedingt» und »befristet». Wenn einmal die letzten vagabundierenden Nazis gefangen seien, wenn beispielsweise Ribbentrop aufgefunden sei oder sich, wie Himmler, vergiftet habe, wenn der *«Bandenkrieg in der Chemnitzergegend»* aufhört, wenn eine verlässliche Ordnung hergestellt sei, dann würde Russland die Schranken beseitigen. Sogar die geschwätzigen Journalisten aus dem Westen würden wieder Zutritt erlangen, allenthalben, und ein *«normales Reisen, ein Postverkehr ohne Briefzensur, eine vernünftige Freizügigkeit* unter der deutschen und jeder andern Bevölkerung sei dann selbstverständlich. Und sei man einmal so weit, dann würden auch die wirtschaftlichen Beziehungen sich einstellen. Selbstverständlich nach russischem System. Das heisst, es würden von russischer Seite, wie bisher, durch das Aussenhandelskommissariat Lieferungsverträge mit dem Ausland abgeschlossen und Bestellungen aufgegeben.

Kann man prophezeien?

Das heisst: werden die reaktionären Russlandhasser, die sich während der Kriegsdauer weit im Hintergrunde hielten, oder werden die vertrauensvollen Russlandgläubigen Recht bekommen? Es wird kein «Europäer» alten Stils, dem die «Menschenrechte» etwas bedeuteten, der im Bestehen einer Pressfreiheit, in der Möglichkeit, sich frei niederzulassen, im Recht, zu arbeiten oder zu feiern, eine Arbeit anzunehmen oder eine andere zu suchen, grundsätzliche Dinge sah, vorbeisehen an bestimmten Einrichtungen in Russland, die sich von den westlichen unterscheiden.

Im Zusammenhang mit solchen Erwägungen fragt man sich übrigens, in welchem Lager letzten Endes die führenden amerikanischen und britischen Politiker stehen. Churchill hat in einer «fliegenden Wahlrede» einen sehr seltsamen Spruch getan, den man sich aufschreiben muss, um ihn bei späteren Gelegenheiten zur Hand zu haben. Der britische Premier, der gegenwärtig nur ein Uebergangskabinett präsidiert, nachdem Labour ihm die Mitarbeit gekündigt hat, worauf das Kriegskabinett aufgelöst wurde, sagte: «*Es gibt in manchen Ländern Europas noch eine andere Furcht, die Furcht vor der Polizeiregierung, die nicht frei gewählt worden und die keinem Parlament verantwortlich ist. Wir bekämpfen jenes unheimliche Klopfen an der Tür, das bedeutet, dass der Erndährer der Familie an einen unbekannten Ort auf Nimmerwiedersehen abgeführt wird.*» Auf wen geht der Ausspruch?

Churchill hat ihn an die Wähler gerichtet und sagt damit der britischen Oeffentlichkeit: «Gebt die Stimme der konservativen Partei, die sich einsetzen wird für die Beseitigung solcher Regierungen in verschiedenen Ländern Europas». Abgesehen vom wahlpropagandistischen Sinn der paar Sätze, wird man feststellen, dass sie die *«jetzige Warschauerregierung»* angehen. Es ist aber von «manchen Ländern» die Rede. Also geht sie auch die bulgarische, die rumänische... und zweifellos auch die Tito-Regierung an. Dass auch der grosse Vormund dieser Behörden, Russland, gemeint sein könnte, darf heute nur geflüstert werden. Will doch Churchill, bevor er als grosser Wahlsieger wieder kommt, mit Truman und Stalin konferieren.

Die Titoregierung verfolgt die in Jugoslavien sehr zahlreichen Kollaborationisten, so auch in Triest, mit einer Schärfe, die ihren Gegnern Grund zu Anklagen liefert, welche sich nur mit jenen gegen das revolutionäre Russland anno 1919 oder Madrid 1936 vergleichen lassen. Seit der Bauernführer Matschek in Italien Zuflucht gesucht hat... und andere Politiker mit ihm, weiss man, warum Churchills Worte vor allem auch Tito gelten... und weshalb er auf eine Konferenz mit Stalin und Truman drängt.